

Wer hat Angst vor Kurdistan? Die Irakpolitik der Türkei zwischen militärischer Intervention und Dialogbemühungen

LEYLA VON MENDE

»Die Türkei kann im Irak kein Zuschauer bleiben«
Tayyip Erdoğan¹

Am 22. Februar 2008 marschierte die türkische Armee mit 10 000 Soldaten in den Irak ein. Erklärtes Ziel war es, die Kurdische Arbeiterpartei PKK zu schwächen, die mit Waffengewalt für die Autonomie der Kurdengebiete kämpft und den Nordirak als Rückzugsgebiet nutzt. Damit trat ein, was lange Zeit befürchtet wurde. Die Türkei, die in ihrer Irakpolitik lange Zeit zwischen Militärintervention und Dialog geschwankt hatte, schien sich für Intervention entschieden zu haben. Bereits acht Tage nach dem Einmarsch zog die türkische Armee wieder aus dem Nordirak ab. Die Regierung Tayyip Erdogans suchte den politischen und wirtschaftlichen Dialog mit der irakischen Zentralregierung sowie der kurdischen Regionalregierung. Dies zeigt die Schwierigkeiten der Türkei, vor dem Hintergrund ihrer innenpolitischen Situation und internationalen Einbindung das »geeignete« Mittel zur Durchsetzung ihrer außenpolitischen Interessen im Irak zu finden.

Interessen der Türkei im Irak

Das Hauptinteresse der Türkei im Irak liegt neben der Vertreibung der PKK in der Bewahrung der irakischen territorialen Integrität und der Verhinderung eines unabhängigen Kurdistan, dessen Entstehung aus türkischer Sicht kurdische Unabhängigkeitsbestrebungen im eigenen Land stimulieren würde. Mit dieser Position hängen weitere außenpolitische Zielsetzungen der AKP-Regierung für den Irak zusammen:

- ▶ Bewahrung eines Gleichgewichts zwischen den verschiedenen ethnisch-religiösen Bevölkerungsgruppen;

1. Erdoğan, Tayyip; online: www.bbm.gov.tr.

- ▶ Stärkung der irakischen Zentralregierung, die die Nutzung von Öl- und anderen natürlichen Ressourcen kontrollieren und über die gerechte Verteilung der Einnahmen wachen soll;
- ▶ Kontrolle der Grenzen und Grenzgebiete durch die irakische Zentralregierung;
- ▶ Entfernung von separatistischen Elementen aus der irakischen Verfassung;
- ▶ Verhinderung eines »kurdischen« Kirkuk;
- ▶ Bewahrung der Rechte der Turkmenen und deren verfassungsrechtliche Absicherung.

Dieser Interessenkatalog weist Gegensätze zur Irakpolitik der USA auf – in erster Linie hinsichtlich der US-Allianz mit der kurdischen autonomen Region, deren Zustandekommen *auch* auf die türkische Weigerung zurückzuführen ist, sich dem Feldzug gegen Saddam anzuschließen.² Außerdem unterscheiden sich die Interessen hinsichtlich der von den USA bevorzugten proportionalen Verteilung der Erdöl-Einnahmen sowie im propagierten Föderalismus. Aus diesen Interessengegensätzen folgt ein grundsätzliches Dilemma türkischer Außenpolitik, nämlich inwieweit und mit welchen Mitteln die eigenen Interessen gegenüber denen der USA durchgesetzt werden können und sollen.

Das Spektrum tatsächlicher Gestaltungsmöglichkeiten ist relativ eng. Bereits mit der türkischen Weigerung, an der »Operation Iraqi Freedom« teilzunehmen, gerieten die traditionell engen Beziehungen zu den USA in eine Krise. Unterschiedliche Vorstellungen bezüglich der Neuordnung des Irak nach der US-Invasion verstärkten diese.³ Washington verwehrte Ankara zunächst nahezu jegliches Mitspracherecht über den Nachkriegs-Irak. Das Hauptanliegen der Türkei – die Verhinderung eines unabhängigen kurdischen Staates und Bewahrung der territorialen Integrität des Irak – stand in einem Spannungsverhältnis zur US-Politik, die vereinfacht auf die Formel »Föderalismus und ein starkes Kurdistan« gebracht werden konnte.

Angesichts dieser Gegensätze bemüht sich die Türkei seit längerem um größeres politisches Gewicht. Ziel des türkischen Engagements ist dabei vor allem die Stärkung der zentralen Staatsgewalt im Irak. Die

2. Rubin, Michael: »A Comedy of Errors: American-Turkish Diplomacy and the Iraq War«, in: *Turkish Policy Quarterly*, Frühjahr 2005.

3. Cagaptay, Soner: »Where Goes the U.S.-Turkish Relationship?«, in: *Middle East Quarterly*, Herbst 2004; Lewis, Jonathan Eric: »Replace Turkey as a Strategic Partner?«, in: *Middle East Quarterly*, Frühjahr 2006.

Türkei hilft beim Staats- und Regierungsaufbau, da dies als Möglichkeit zur Wahrung der Einheit des Landes betrachtet wird. Kurz vor dem Militärschlag im Februar bekräftigte Erdoğan, dass die Türkei sich weiterhin bemühe, den Irak zu stabilisieren. Dies erfolge durch Leistung humanitärer Hilfe, Förderung des politischen Dialogs der verschiedenen Gruppen, Beteiligung an Wiederaufbauprojekten und Institutionenbildung sowie durch Hilfe beim Wiederaufbau der irakischen nationalen Sicherheitsdienste im Rahmen der NATO.⁴ Gefestigt werden die Beziehungen zur irakischen Zentralregierung durch Staatsbesuche und Treffen auf Ministerebene. Weitere Foren der türkisch-irakischen Zusammenarbeit waren bis vor kurzem Treffen von Vertretern der Nachbarländer des Irak, die von der Türkei initiiert wurden. Die realpolitische Annäherung an Syrien und den Iran, deren Interessen mit den türkischen weitgehend korrelieren, stellt ebenfalls einen Versuch der Einflussgewinnung dar.⁵

Anfang 2007 schien es, als habe die Türkei in ihrer Außenpolitik in einigen Punkten ihre rigiden Positionen aufgegeben. Nachdem anfangs die oben genannten Ziele als »red lines« definiert wurden, bei deren Überschreitung eine militärische Intervention die logische Konsequenz sein würde, setzte sich ab 2004 eine stärker pragmatisch orientierte Politik durch. Beobachter sahen hierin den türkischen Versuch, die kurdisch-irakische Region als Pufferzone zwischen sich und dem konfliktreichen Rest-Irak zu etablieren.⁶

Die innenpolitischen Konfliktlinien

Angesichts der sensiblen innenpolitischen Konfliktlage der Türkei und des dort nach wie vor vorherrschenden »Kurdensyndroms«⁷ überrascht es nicht, dass in der türkischen Irakpolitik grundsätzlich zwischen der

-
4. Erdoğan, Tayyip: »Symbol des Wandels«, in: *SZ*, 8.2.2008.
 5. Sowohl Damaskus als auch Teheran äußerten ihre Zustimmung zum Vorgehen der Türkei gegen »Terroristen« im Nordirak. Die türkische Regierung macht aktuell deutlich, dass es notwendig sei, Syrien und den Iran in die internationale Zusammenarbeit im Falle des Irak einzubinden.
 6. Hermann, Rainer: »Kürt Korkusu Azahyor«, in: *Radikal*, 29.12.2005.
 7. Kramer, Heinz: »Die Interessen der Türkei«, in: Muriel Asseburg (Hrsg.): *Regionale (Neu-)Ordnung im Nahen und Mittleren Osten und die Rolle externer Akteure*; SWP-Studie 7, März 2007: 51.

Positionierung gegenüber dem irakischen Zentralstaat und Irakisch-Kurdistan unterschieden werden muss.

Bezüglich der Verhinderung eines unabhängigen kurdischen Staates im Nordirak decken sich die Vorstellungen der regierenden AKP weitgehend mit denen des Militärs und des restlichen Staatsapparates. Allerdings ist die Regierungspartei mehr als andere Akteure an einer positiven Entwicklung im Irak interessiert. Bis vor kurzem verzichtete sie aus Rücksicht auf die EU-Beitrittsverhandlungen auf eine schärfere Gangart im Irak. So schien es zumindest noch im Frühling letzten Jahres. Doch spätestens seit Oktober 2007 hat sich die Situation gewandelt, und es hat sich ein »nationaler Konsens« herausgebildet.

Die türkische Außenpolitik gegenüber dem Irak wird stark von der innenpolitischen Situation der Türkei beeinflusst. Zwei Grundprobleme stechen hervor: die empfundene Bedrohung der laizistischen Grundordnung der Republik durch einen wie auch immer gearteten politischen Islam und die Bedrohung des zentralistischen Einheitsstaates durch den Separatismus. Ersteres äußert sich im Konflikt zwischen den nationalistisch-kemalistischen Eliten (darunter das sich als Hüter der säkularen Ordnung betrachtende Militär) und der islamisch-konservativen AKP-Regierung. Dieser Konflikt führte zu der Staatskrise der letzten Monate, die im Prozess um das AKP-Verbot gipfelte, und er verengte in der Vergangenheit oft den außenpolitischen Handlungsspielraum der Regierung Erdoğan. Bei dem zweiten Grundproblem, der Angst vor dem kurdischem Separatismus, gibt es zwischen den politischen Gegnern keine Differenzen.

Nachdem sich die türkische Regierung zunächst dem Druck des Militärs und der kemalistischen Opposition zu widersetzen und militärische Maßnahmen zu verhindern suchte, eskalierte die Situation im Oktober letzten Jahres. In der Türkei sind »nationale Sicherheit« und Außenpolitik eng verknüpft. Außenpolitik ist »national«, stützt sich auf »nationalen Konsens« und ist »überparteilicher Natur«. Dies wurde Ende 2007 offensichtlich. Nicht nur das Militär trat als »Hüter der Republik« verstärkt für ein militärisches Eingreifen im Nordirak gegen die PKK ein. Auch die Stimmung in der Bevölkerung setzte die Regierung unter Druck. Konfrontiert mit immer mehr PKK-Anschlägen kochten die Emotionen der Bevölkerung hoch. Die Unterstützung für eine militärische Intervention im Nordirak wuchs.⁸

8. Seufert, Günter: »Die Wölfe heulen wieder«, in: *Zeit online*, 29.2.2007.

Die militärische Option

Oftmals wird übersehen, dass sich seit Beginn des Irakkrieges türkische Soldaten und »Special Forces« im Grenzgebiet des Nordirak aufhalten, deren Mandat und Aktivitäten nicht genau zu bestimmen sind.⁹ Schätzungen gehen von circa 1 200 bis 1 500 Mann aus.¹⁰ Von türkischer Seite wird dies mit dem Schutz der turkmenischen Minderheit begründet. Dass dieses Engagement jedoch in erster Linie der Entstehung eines kurdischen Staates vorbeugen soll und gegen die Präsenz der PKK gerichtet ist, ist offensichtlich.

Auch die USA betrachten die PKK als terroristische Vereinigung. Doch da sie den kurdischen Nordirak als einzigen stabilen Teil des Iraks ansehen, waren sie bisher weitgehend gegen die Ausübung von Druck zur Auflösung der dortigen PKK-Lager. Dies führte zur Verschlechterung der türkisch-amerikanischen Beziehungen. In der türkischen Presse sind immer wieder Stimmen zu hören, die die USA beschuldigen, die Etablierung der PKK im Irak wenn nicht gefördert, so doch nicht verhindert zu haben und somit für das Aufflammen terroristischer Aktivitäten innerhalb der Türkei verantwortlich zu sein.¹¹

Trotz allem schien Ankara bis zum letzten Jahr eine Politik des friedlichen Dialogs zu verfolgen. Aber bereits Anfang 2007 führte eine Rede des Befehlshabers der Landstreitkräfte, Ilker Başbuğ, jetzt Generalstabschef, zu einer Zunahme der Spannungen. Auf die Souveränität der Türkei verweisend erklärte er, Ankara könne »jederzeit angemessene Maßnahmen« gegen »die separatistischen Terrororganisationen im Nordirak« ergreifen, sofern »militärische Notwendigkeiten« dies verlangten.¹² Türkische Entscheidungsträger – vor allem des Militärapparats – wiesen auf die Anwesenheit von rund 4 000 PKK-Kämpfern im türkisch-irakischen Grenzgebiet hin, die sie für die zunehmende Gewalt in Ostanatolien verantwortlich machten.

-
9. Kramer, Heinz: »Die Interessen der Türkei«, in: Muriel Asseburg (Hrsg.): *Regionale (Neu-)Ordnung im Nahen und Mittleren Osten und die Rolle externer Akteure*; SWP-Studie 7, März 2007: 51.
 10. Barkey, Henri J.: »Turkey and Iraq: The Perils (and Prospects) of Proximity«, in: United States Institute of Peace (Hrsg.): *Iraq and Its Neighbors Series*; July 2005, Special Report No. 141: 4.
 11. Girdali, Philip: »Turkey and the Threat of Kurdish Nationalism«, in: *Mediterranean Quarterly*, Winter 2008: 33 f.
 12. »Komutan Diyarbakır'da sert konuştu«, in: *Hürriyet*, 10.3.2007.

Im Sommer letzten Jahres verschärfte sich die Lage abermals. Das Militär richtete Sicherheitszonen in drei türkischen Provinzen nahe der irakischen Grenze ein und zog dort größere Truppenverbände zusammen. Immer wieder gab es Nachrichten über grenzüberschreitende Aktionen türkischer Truppen gegen die PKK. Ein umfassender Militärschlag sollte jedoch nach Aussagen des Militärs erst nach parlamentarischer Legitimation erfolgen. Ankara stellte ein Ultimatum, in dem ein Vorgehen der kurdischen Regierung im Nordirak gegen die PKK gefordert und mit militärischer Intervention gedroht wurde. Bagdad reagierte mit dem Vorwurf, die Türkei würde damit die irakische territoriale Souveränität verletzen. Bei einem Treffen zwischen Erdoğan und dem irakischen Premier Nuri al-Maliki wurden die türkischen Erwartungen enttäuscht. Zwar waren sich beide über die Notwendigkeit der Entfernung der PKK aus dem Nordirak einig. Doch Maliki machte irakische Unterstützung von der Zustimmung des Parlaments abhängig, das dieses Thema aber weder diskutierte noch eine reale Kontrollmöglichkeit über die Sicherheitskräfte im Nordirak hat. Auch Masud Barzani, Präsident der kurdischen Regionalregierung, war nicht bereit, die PKK zu einem Abzug aus dem von ihm kontrollierten Gebiet aufzufordern. Vielmehr sah er die PKK als Trumpfkarte in Verhandlungen mit Ankara über die autonome Stellung der kurdischen Region und den Status von Kirkuk.¹³

Im Oktober 2007 kam es zu einer Abstimmung im türkischen Parlament, durch die Erdoğan ermächtigt wurde, ohne vorherige Konsultation, Truppen in den Nordirak zu entsenden – eine Blankovollmacht für Militärschläge. Die folgenden Monate waren geprägt von der Frage, wann und ob die Türken in den Nordirak einmarschieren würden. Die irakische Zentralregierung reagierte durch eine Vereinbarung mit dem Nordirak, PKK-Bewegungen einzuschränken. International schien die Stimmung zu kippen. Die EU und einige europäische Regierungen äußerten Verständnis für die Lage der Türkei und qualifizierten die PKK als Terrorgruppe.¹⁴ Selbst die USA schlugen neue Töne an. George Bush bezeichnete bei einem Treffen mit Erdoğan im November 2007 die PKK als »gemeinsamen Feind«, an dessen Bekämpfung sich die USA durch Bereitstellung von Geheimdienstinformationen beteiligen werden.¹⁵

13. Giraldi, Philip: »Turkey and the Threat of Kurdish Nationalism«, in: *Mediterranean Quarterly*, Winter 2008: 36 f.

14. Thumann, Michael: »Da staunt der General«, in: *Die Zeit*, 1.II.2007.

15. Leukefeld, Karin: »US-Spionageflugzeuge über Kurdistan«, in: *Junge Welt*, 7.II.2007.

Nach wochenlangen Drohungen gab die türkische Regierung Ende November 2007 offiziell grünes Licht für einen Angriff auf die kurdischen Rebellen im Nordirak. Das türkische Militär flog zahlreiche Luftangriffe, und immer wieder fanden grenzüberschreitende Einsätze statt. Von einer Großoffensive nahm die Türkei aufgrund von us-amerikanischen und irakischen Einwänden zunächst Abstand. Doch allen Warnungen zum Trotz marschierte die türkische Armee im Februar dieses Jahres mit 10 000 Soldaten in den Nordirak ein. Der türkische Generalstab verkündete, das Ziel der Offensive sei es, die PKK ihres Rückzugsgebiets zu berauben. Da man die Souveränität des Irak respektiere, werde man nach erfolgreichem Abschluss der Operation, die zu Sicherheit und Frieden des Irak beitragen werde, wieder abziehen.¹⁶

Sofort wurde Kritik aus den USA und Europa laut. Zwar hatte Bush einzelne Vorstöße auf irakisches Gebiet akzeptiert und unterstützte die Türkei mit us-Geheimdienstinformationen,¹⁷ doch von der groß angelegten Bodenoffensive distanzierte man sich. EU-Chefdiplomat Xavier Solana ließ verlauten, man habe Verständnis für die Probleme mit der PKK, doch sei die Offensive »nicht die beste Antwort«.¹⁸

»Stell dir vor, die Türken führen Krieg und keiner regt sich auf.«¹⁹

Nach dem Einmarsch war die internationale Kritik, insbesondere der USA, jedoch nicht so vehement, wie man dies aus der Vergangenheit kannte. us-Verteidigungsminister Robert Gates rief Ankara zwar auf, die Souveränität des Iraks zu achten und mit Bagdad in Dialog zu treten, sah im türkischen Einmarsch aber keine Bedrohung für die irakische Stabilität. Erstaunlich war sein Aufruf an die türkische Armee zum baldigen Rückzug – sobald »die Mission erfüllt« sei.²⁰

Washington schien die Türkei als Bündnispartner wiederentdeckt zu haben – möglicherweise auch infolge des wachsenden us-Widerstandes gegen die Politik der kurdischen Autonomiebehörde. »In der amerikani-

16. Türkischer Generalstab: Pressemitteilung vom 22.2.2008, online: www.tsk.mil.tr.

17. Ibrahim, Ferhad: »Kurdistan im Fadenkreuz«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 1/2008: 20.

18. »Türkei dringt mit 10 000 Soldaten in den Irak ein«, in: *NZZ online*, 23.2.2008.

19. Thumann, Michael: »Krieg unter der Schneedecke«, in: *Die Zeit*, 28.2.2008.

20. »USA kritisieren Offensive der Türkei«, in: *Handelsblatt.com*, 24.2.2008.

schen Abwägung, entweder die kurdischen Alliierten im Irak oder den Nato-Partner Türkei über die PKK-Frage zu verprellen, (war) die Entscheidung nun offenkundig gegen die Kurden gefallen.«²¹

Trotzdem forderte Washington, die Militäroffensive so schnell wie möglich zu beenden. Acht Tage nach deren Beginn zogen die türkischen Truppen aus dem Nordirak ab. Im März dieses Jahres kam es erneut zu bilateralen Treffen zwischen den USA und der Türkei, in denen die Zusammenarbeit im Kampf gegen die PKK-Rebellen im Nordirak betont wurde. Die türkische Armee unternahm in den letzten Monaten in regelmäßigen Abständen Vorstöße in den Nordirak. In der internationalen Presse findet dies jedoch geringe Beachtung.

Politischer Dialog: weiterhin eine Option?

Trotz der Entscheidung für massives militärisches Eingreifen besteht *eine* Schiene der türkischen Außenpolitik weiterhin in der Bemühung um eine Einflussnahme durch Dialog. Die türkische Regierung ist sich bewusst, dass ein demokratischer Naher Osten mit einer liberalen Marktwirtschaft durchaus im Interesse der Türkei läge.²²

Bereits kurz vor der US-Intervention leitete Ankara einen Irak-Dialog mit den Ländern der Region ein. Das erste Treffen in diesem Rahmen fand auf Ministerebene im Januar 2003 in Istanbul statt. Die türkische Erwartung bestand in der »Bekundung eines gemeinsamen Willens, einen Irak zu errichten, der seine politische und territoriale Einheit bewahrt, seine Grenzen sichert und zu Frieden und Stabilität in der Region beiträgt«.²³

Aufschlussreich für die Selbstwahrnehmung türkischer Politik ist dabei, dass sowohl die Regierung als auch die türkischen Medien die Konferenzserie als türkische Initiative darstellten und der Türkei eine Schlüsselrolle in dem Dialogprozess zuschrieben.²⁴ Allerdings fanden sich auch Pressestimmen, die die Bedeutung türkischer Politik in dieser Frage be-

21. Bröning, Michael: »Aus der Traum«, in: *Zeit online*, 26.2.2008.

22. Kırışçı, Kemal: »Turkey's Foreign Policy in Turbulent Times«, in: *Chaillot Paper*, No. 92, September 2006: 80.

23. »Bağdat Toplantısında Ağırlık Güvenlikte«, in: *Hürriyet*, 9.3.2007.

24. »Türkiye'den Irak için Yeni İnisiyatif«, in: *CNN Türk.com*, 26.2.2007; »Irak'taki mm Şiddet Yangını Geri Dönülemez Bir Noktaya Ulaşmadan Söndürülmeli«, in: *T.C. Başbakanlık Basın Merkezi*, 28.2.2006.

scheidener einschätzten. So charakterisierte »Hürriyet« die Konferenzen als »türkische Propaganda für Türken« zur Betonung der eigenen Rolle im Irak und eigener Handlungsspielräume.²⁵

Dass türkische Einflussmöglichkeiten im Irak tatsächlich weit geringer sind als propagiert, ist auch daraus ersichtlich, dass ein Treffen der irakischen Nachbarländer im Mai 2007 im ägyptischen Sharm al-Sheykh stattfand, obwohl Ankara sich nachdrücklich für Istanbul als Tagungsort starkgemacht hatte. Im Folgenden wurden die Treffen auf Teilnehmer aus UN und G-8 ausgeweitet, und die Türkei konnte die angestrebte Führungsrolle nicht mehr spielen.

Seit dem ohne Rücksicht auf die Interessen anderer Akteure in der Region vollzogenen militärischen Alleingang setzt die türkische Regierung verstärkt auf den bilateralen politischen Dialog mit dem Irak, um dort ihre Interessen durchzusetzen. Bagdad hatte zwar den Einmarsch türkischer Truppen als Verletzung der Souveränität des Irak und Bedrohung für das beiderseitige Verhältnis verurteilt, doch bereits wenige Tage nach der Bodenoffensive, und noch während die türkischen Luftangriffe andauerten, besuchte Präsident Dschalal Talabani auf Einladung von Abdullah Gül Ankara. In den Gesprächen betonten beide die gemeinsamen strategischen Interessen in Wirtschaft und Politik. Talabani sicherte der Türkei irakische Unterstützung gegen die PKK zu und bekräftigte, dass auch die kurdische Regionalregierung aufgefordert werde, gegen diese vorzugehen. In wirtschaftlicher Hinsicht ging es um ein Freihandelsabkommen sowie türkische Investitionen in irakisches Öl und Gas. Türkische Regierungsvertreter nannten das Ziel, den irakisch-türkischen Handel in den kommenden Jahren zu versechsfachen.²⁶

Treffen solcher Art sind auf den ersten Blick nichts Neues. Erdoğan und Talabani kamen bereits mehrfach zusammen und beide betonten die Bereitschaft zur Zusammenarbeit gegen den Terrorismus.²⁷ Der türkischen Außenpolitik gelang jedoch kein klarer Kurs. Bei einem der Besuche hatte der damalige türkische Staatspräsident Sezer dem Kurden Talabani die Zusammenkunft verweigert. Auch Anfang dieses Jahres wurde harsche Kritik vonseiten der türkischen Opposition geübt, als die Regierung ihre Militäraktion beendete und den politischen Dialog mit der ira-

25. Çandar, Cengiz: »Bağdat'tan İstanbul'a Yol Gider mi?«, in: *Hürriyet*, 13.3.2007.

26. Cogan, James: »Irakischer Präsident besucht Ankara nach türkischem Einmarsch«, online: www.wsws.org.

27. »Talabani Erdoğan'ı Aradı. Üzgünüz«, in: *Zaman*, 10.4.2007.

kischen Zentralregierung suchte. Vertreter der Republikanischen Volkspartei (CHP) betonten, der Besuch Talabani sei überflüssig, und wiesen auf die Position des türkischen Militärs hin, dessen Führung nicht an dem Treffen teilgenommen habe. Talabani habe den Nordirak als »Kurdistan« bezeichnet, dies könne man nicht akzeptieren.²⁸ Der Konflikt zwischen kemalistischer und militärischer Elite auf der einen und AKP-Regierung auf der anderen Seite schwelt also weiter. Der große Unterschied besteht jedoch darin, dass die AKP mit Gül im Präsidentenamt heute eine bessere Ausgangssituation hat.

Eine neue Qualität bekam die irakisch-türkische Kooperation, als am 10. Juli 2008 Erdoğan als erster türkischer Premierminister seit 18 Jahren den Irak besuchte. Nach Gesprächen mit Maliki und Talabani wurde eine bilaterale Vereinbarung unterzeichnet. Diese hat eine verstärkte strategische Kooperation zum Inhalt sowie die Einrichtung einer Sicherheitszone zwischen beiden Ländern. Auch das Streben nach engeren Wirtschaftsbeziehungen wurde angesprochen. Ein Energieabkommen wurde geschlossen, das die Steigerung der Kapazität der Öl-Pipeline Kirkuk-Yumurtalik umfasst sowie der staatlichen türkischen Erdölgesellschaft erlaubt, im Irak nach Öl zu bohren und einen Teil des geförderten Öls in die Türkei zu exportieren.²⁹ Die Türkei scheint somit im Irak – zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht – auf dem besten Wege, ihre Interessen durchzusetzen.

Wirtschaftliche Versöhnung im Nordirak?

Problematisch und widersprüchlich bleibt die Beziehung zum kurdischen Nordirak. Obwohl die politische Ablehnung eines eigenständigen Kurdistan nach wie vor einen türkischen Grundkonsens bildet, haben sich die Handelsbeziehungen zwischen der Türkei und dem Nordirak stetig vertieft. Das Geschäftsvolumen im Bausektor zwischen den beiden Regionen betrug rund zwei Milliarden US-Dollar. Besonders türkische Unternehmen treiben die Entwicklung einer modernen Infrastruktur im Nordirak voran.

28. »CHP'den, Büyükanıt'a Jet Cevap: Aradan Çekil!«, online: www.habervitrini.com.

29. Uslu, Emrullah: »Toward a new Era in Turkish-Iraqi Relations?«, in: *Eurasia Daily Monitor*, Vol. 5, Nr. 136, 2008.

Das Gesamtvolumen türkisch-kurdischer Wirtschaftsbeziehungen belief sich auf jährlich sieben Milliarden US-Dollar, wie die Türkei im April 2007 bekannt gab. Die kurdische Regionalregierung schätzt, dass in den vergangenen Jahren 70 Prozent aller öffentlichen und privaten Aufträge in der autonomen Region an türkische Firmen vergeben wurden. Während die International Crisis Group letztes Jahr von rund 300 in Kurdistan aktiven türkischen Unternehmen ausging, fanden sich in der türkischen Presse Schätzungen von bis zu 1200 Unternehmen sowie eine schlagwortartige Zusammenfassung dieser Entwicklung als »wirtschaftliche Versöhnung«.³⁰

Als letztes Jahr eine türkische Militäroffensive immer wahrscheinlicher wurde, geriet die wirtschaftliche Versöhnung in Gefahr. Im Oktober 2007 drohte die türkische Regierung mit Wirtschaftssanktionen, unter anderem mit der Beschränkung des Handels über die irakisch-türkische Grenze bei Habur, mit einem Aufruf an türkische Unternehmen, den Nordirak zu verlassen, sowie mit der Einstellung der Elektrizitätsversorgung des Nordirak. Kurz darauf wurde nach Pressemeldungen der türkische Luftraum für Flüge in Richtung Nordirak gesperrt.

Auf die türkische Militäroffensive im Februar dieses Jahres reagierte Massud Barzani, der Präsident der autonomen Kurdenregion im Nordirak, mit der Drohung, man würde massiven Widerstand leisten, sobald zivile Ziele betroffen seien. Die kurdische Regionalregierung forderte den sofortigen Abzug der türkischen Truppen, auch weil sie überzeugt war, Iraks Kurden seien ebenfalls ein Angriffsziel der Türkei.³¹

Doch bereits im April kündigte die türkische Seite an, die Beziehungen zur kurdischen Regionalregierung verbessern zu wollen. Außenminister Ali Babacan machte deutlich, dass Ankara sehr wohl zwischen der kurdischen Regionalregierung und der PKK differenzieren könne. Betont wurde auch die Bedeutung des Dialogs mit den irakischen Kurden zur Verbesserung der wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Irak als Ganzem.³² Der positive Einfluss beiderseitiger wirtschaftlicher Interessen auf die Beziehung zwischen dem kurdischen Nordirak und Ankara wurde einmal mehr deutlich, als der Sprecher des kurdischen Parlaments seine Freude über den Ausgang des Verbotsverfahrens der AKP äußerte und bei

30. Serpil Yilmaz: »Turks Are Reconstructing Northern Iraq – Part 3«, in: *Turkish Weekly*, 24.4.2007; International Crisis Group: *Iraq and the Kurds: Resolving the Kirkuk Crisis*, Middle East Report Nr. 64, April 2007: 16.

31. Rogg, Inga: »Kurden im Nordirak fühlen sich als Opfer«, in: *TAZ*, 27.2.2008.

32. »Turkey to Intensify Relations with Iraqi Kurds«, in: *Turkish Weekly*, 29.4.2008.

dieser Gelegenheit den Wunsch nach Vertiefung der Beziehungen zum Ausdruck brachte, denn dies sei besonders für die wirtschaftliche Kooperation beider Seiten sehr wichtig.³³

Die Aussichten für weiterhin ertragreiche Wirtschaftsbeziehungen sind positiv – auch vor dem Hintergrund, dass Öl von kurdisch-irakischen Ölfeldern zukünftig ohne Schwierigkeiten durch türkische Pipelines gepumpt werden kann. Ende Juli 2008 wurde bekannt, dass die türkische Erdöl-Gesellschaft zusammen mit japanischen Unternehmen in der Nähe von Erbil die Suche nach Öl begonnen habe.³⁴

Pulverfass Kirkuk

Entscheidend für die Zukunft des föderalen Systems im Irak wird der künftige Status von Kirkuk sein. Kurdische Forderungen nach dessen Eingliederung in die autonome kurdische Region stoßen auf erbitterten türkischen Widerstand, da die Ölvorkommen Kirkuks die ökonomische Lebensfähigkeit eines unabhängigen kurdischen Staates garantieren würden.³⁵ Zudem lebt ein Großteil der irakischen Turkmenen in der Region, als deren Schutzpatron sich die Türkei begreift. Im Mittelpunkt des Kirkuk-Problems steht Artikel 140 der irakischen Verfassung, der ein Referendum über die Zugehörigkeit Kirkuks zur Region Kurdistan vor Ablauf des Jahres 2007 vorsah. Bereits im Vorfeld der türkischen Militäroffensive wurde spekuliert, diese diene nicht der Bekämpfung der PKK, sondern solle das Kirkuk-Referendum verhindern. Denn Ankara hat oftmals zum Ausdruck gebracht, dass es dessen Verschiebung für zwingend erforderlich hält. Das Referendum wurde tatsächlich im Dezember um sechs Monate verschoben. Als Gründe wurden Widerstand aus Bagdad und eine skeptische Haltung Washingtons vermutet, offiziell waren »technische Schwierigkeiten« verantwortlich.³⁶

Aktuell ist ein Provinzwahlgesetz im irakischen Parlament an den Kirkuk betreffenden Bestimmungen gescheitert. Entgegen Interessen der

33. »Karara Kuzey Irak da Sevindi«, in: *Yeni Ėafak*, 31.7.2008.

34. Arslan, Arif: »ТРАО, Kuzey Irak'ta Japonlar'la Birlikte Petrol Arayacak«, in: *Milliyet*, 26.7.2008.

35. In Kirkuk befinden sich circa 40 Prozent der irakischen Ölreserven. Güclü, Yücel: »Who Owns Kirkuk? The Turkoman Case«, in: *Middle East Quarterly*, Winter 2007.

36. Bröning, Michael: »Aus der Traum«, in: *Zeit online*, 26.2.2008.

kurdischen Fraktion, war zunächst ein Entwurf gebilligt worden, der eine feste Proporzregel für Kirkuk vorsah. Zwar wurde dieses Gesetz umgehend aufgehoben, doch die Kontroversen gingen weiter. Umstritten war insbesondere, ob das Gesetz zur Provinzwahl einen Verweis auf ein Referendum hinsichtlich des Status Kirkuks beinhalten solle.

Hier meldete sich Ankara wieder zu Wort. Erdoğan äußerte in einem Gespräch mit Talabani seine Besorgnis über kurdische Forderungen, Kirkuk an die nordirakische Regionalverwaltung anzugliedern. Er machte sich für die verworfene Proporzregel stark, die Kurden, Arabern und Turkmenen unabhängig von Stimmverhältnissen Sitze zu gleichen Teilen im Provinzparlament ermöglicht hätten.³⁷ Daraufhin warnte der irakische Außenminister vor einer türkischen Intervention in Kirkuk und betonte, das Provinzwahlgesetz sei eine interne Angelegenheit.³⁸ Auch Barzani betonte, er werde nicht erlauben, dass sich fremde Mächte in Angelegenheiten Kirkuks einmischten: »Um Kirkuk werden wir nicht handeln (...) und werden es niemals aufgeben.«³⁹

Auch wenn Ankara betont, der Konflikt um Kirkuk würde die Beziehungen zum kurdischen Nordirak nicht beeinflussen, so vermuten Teile der türkischen Presse das Gegenteil. Die auf ethnischer Grundlage basierende türkische Politik hinsichtlich Kirkuks gefährde die Beziehungen zu den irakischen Kurden, könne zu Instabilität der Region und zum Verlust jeglichen türkischen Handlungsspielraums führen.⁴⁰ Eine Lösung des Problems scheint nicht in Sicht. Zwar hat die türkische Regierung erst vor kurzem die Bevölkerung Kirkuks sowie des ganzen Irak zu Versöhnung und Dialog aufgerufen und betont, sie würde für Frieden und Stabilität im Irak eintreten, doch steht die Regierung innenpolitisch unter Zugzwang. Besonders von der nationalistischen Opposition (MHP) wird die AKP-Regierung gedrängt, gegenüber einer Politik, die »die Existenz der Turkmenen bedrohe«, nicht untätig zu bleiben.⁴¹

37. »Erdoğan, Kerkük'teki Endişelerini Dile Getirdi«, in: *Zaman*, 1.8.2008.

38. »Irak warnt die Türkei vor Intervention in Kirkuk«, online: www.german.irib.ir.

39. Dörtkardeş, Ihsan: »Barzani: Kerkük Konusunda Pazarlık Yapmayız«, in: *Milliyet*, 9.8.2008.

40. Karakoç, Jülide: »Türkiye ve Kerkük Meselesi«, online: www.bianet.org.

41. »Devlet Bahçeli'den Kerkük Uyarısı«, in: *Radikal*, 6.8.2008.

Neue Stimmen in der Türkei: Bewegung in Sachen Kurdistan?

Das strategische Interesse der Türkei besteht, wie dargestellt, in erster Linie in der Verhinderung eines unabhängigen kurdischen Staates. Im letzten Jahr wurden jedoch Stimmen laut, die in Medien und Zivilgesellschaft die »kurdophobe Außenpolitik« der Türkei kritisierten und nach Alternativen suchten.⁴² Nach den Entwicklungen der letzten Monate finden solche Stimmen aber kaum noch Gehör. Die antikurdische Stimmung innerhalb der Türkei – bereits im Vorfeld der Militäroffensive gegen die PKK zu einer nationalen Hysterie angewachsen – richtet sich aktuell noch mehr als zuvor auch gegen die irakischen Kurden. Nach einem Anschlag in Istanbul, als dessen Urheber die PKK gilt, wurden in der türkischen Presse Parallelen zwischen diesem und einem Anschlag auf Turkmenen in Kirkuk kurz darauf gezogen.

»Die Terroristen haben bei den Anschlägen in Istanbul und Kirkuk Demokratie und Frieden in der Region angegriffen.«⁴³ Mit diesen Worten stellte Erdoğan selbst diesen Zusammenhang her. Von türkisch-nationalistischer Seite wurde die PKK sowohl für den Istanbul-Anschlag als auch für denjenigen in Kirkuk verantwortlich gemacht. Der Anschlag in Kirkuk sei sogar mit Unterstützung der dortigen kurdischen Führung vonstattengegangen.⁴⁴ Von türkisch-kurdischer Seite wurde vermutet, für alles sei der »tiefe Staat«, ein Verbund aus Angehörigen der Sicherheitskräfte, Politikern, Justizkreisen und informellen bewaffneten Gruppen verantwortlich, der die antikurdischen Stimmungen sowohl im Inneren der Türkei als auch in Bezug auf den Irak schüren wolle, um ein weiteres grenzübergreifendes militärisches Vorgehen gegen die PKK zu legitimieren.⁴⁵

Auch wenn solche Spekulationen vereinzelt kritisiert werden und hervorgehoben wird, dass der Anschlag in Istanbul auf das Konto der PKK

42. Vgl. u. a. Akyol, Mustafa: »Kürdofobik Dış Politikanın Türkiye'ye Zararı«, online: www.mustafaakyol.org; Özel, Soli: »Kendini Aldatmak«, in: *Sabah*, 26.11.2006; Işık, Murat: »Kürt Sorununa 'Seçilmiş Travmalar'ı Asarak Bakabilmek«, online: www.liberal-dt.org; »Yeni Bir Yılın Başında Dünya, Ortadoğu ve Türkiye«, in: *Ekim. Türkiye Komünist İşçi Partisi Merkez Yayın Organı*, Nr. 246, Februar 2007.

43. »Güngören ve Kerkük'teki Saldırıları Bölgede Demokrasi ve Barışı Hedeflemiştir«, in: *Zaman*, 1.8.2008.

44. Kiliç, Behiç: »Kerkük-Güngören!«, in: *Tercüman*, 31.7.2008.

45. Tek, Mesud: »Güngören, Kerkük ve Ergenekon'a Dair«, online: www.aktuelbakis.com.

und der in Kirkuk auf das der al-Qaida gehen, so ist man sich bewusst, dass solche Verdächtigungen in der gereizten türkischen Atmosphäre zur Gefahr für die türkisch-kurdischen Beziehungen werden.⁴⁶

Die türkische Regierung ist währenddessen weiterhin bestrebt, die Beziehungen mit dem Nordirak auf wirtschaftlicher und politischer Ebene zu verbessern. Trotz Einsatz militärischer Mittel ist unübersehbar, dass Ankara sich parallel bemüht, auf politischer und wirtschaftlicher Ebene mit der irakischen Zentralregierung *und* dem kurdischen Norden einen friedlichen Umgang zu finden. Die Geschehnisse der letzten Monate – die Auseinandersetzung um Kirkuk, die öffentliche Aussage Barzanis, die PKK sei keine Terrororganisation⁴⁷ sowie die Anschläge der PKK innerhalb der Türkei – führen jedoch dazu, dass das Türkei-interne Kurdenproblem immer stärker mit den irakischen Kurden in Verbindung gebracht wird.

Der Druck von Bevölkerung, politischer Opposition und Militär auf die Regierung Erdoğan wächst. Die innenpolitische Situation der Türkei sowie die Beziehung Ankaras zu Washington bestimmen weiterhin in hohem Maße die türkische Außenpolitik in Bezug auf den Irak. Das Dilemma ihrer Widersprüchlichkeit bleibt.

46. Özel, Soli: »Güngören-Kerkük«, in: *Sabah*, 31.7.08; Laciner, Sedat: »Güngören-Kerkük hattında derin devlet«, in: *Star*, 4.8.2008.

47. »Barzani: PKK not a terrorist organization«, in: *Turkish Daily News*, 25.6.2008.